Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Pressemitteilung
Nr. 024/2022
Kiel, 10.02.2022

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Brunsbüttel braucht kein LNG-Terminal

Zur Diskussion um den Bau eines LNG-Terminals in Brunsbüttel erklärt der energie- und umweltpolitische Sprecher des SSW im Landtag, Christian Dirschauer:

"Schleswig-Holstein braucht kein LNG-Terminal." Dieser kluge Satz könnte von uns sein, stammt aber aus dem Entwurf für das Landtagswahlprogramm 2022 von Bündnis 90/Die Grünen. Und in diesem Punkt sind wir sehr einig mit der grünen Parteibasis. Denn ein LNG-Terminal in Brunsbüttel ist energiepolitisch überflüssig, klimapolitisch schädlich, finanzpolitisch waghalsig und außenpolitisch mindestens fragwürdig.
Dumm nur: Im Koalitionsvertrag von Jamaika haben Die Grünen höchstselbst für den Bau eines solchen Terminals unterschrieben. Und der Geist, den sie damit riefen, will nicht so recht zurück in die Flasche. Denn mittlerweile macht nicht nur FDP-Minister Buchholz ordentlich Druck, sondern auch ihr eigener Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck.
Sich unabhängiger zu machen von den Launen des Vladimir Putin, das kann man wollen. Aber dafür der amerikanischen Fracking-Lobby um den Hals zu fallen, ist nichts anderes, als den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Denn, und das wird in der LNG-Euphorie ja gerne mal vergessen zu erwähnen: Wir reden über amerikanisches Frackinggas, das unter derart umwelt- und klimaschädlichen Bedingungen gefördert wird, dass wir in Deutschland bewusst auf diese riskante Technologie verzichten. Wir fracken nicht, wir lassen fracken. Doppelmoralischer kann man Greenwashing

SSW IM LANDTAG

eigentlich nicht betreiben.
Sollte es Minister Buchholz wie beabsichtigt gelingen, dem Bund eine 20-jährige Zusage für Flüssiggas abzuringen um Investoren für Brunsbüttel gewinnen zu können, dann wäre die fossile Energieversorgung für weitere Jahrzehnte in Stein gemeißelt.
Der SSW hat den Bau eines LNG-Terminals in Brunsbüttel von Anfang an abgelehnt, und an dieser Haltung ändert auch die Ukraine-Krise nichts. Wenn Buchholz und Habeck unbedingt US-Gas verbrennen wollen, stehen ihnen 28 LNG-Terminals in Europa zur Verfügung, von denen die meisten gerade einmal zu 40 Prozent ausgelastet sind. Dafür muss man kein Millionengrab in Brunsbüttel schaufeln.